

Ulrich Niehus | Helmuth Wilke

Die Besteuerung der Personengesellschaften

8. Auflage

SCHÄFFER
POESCHEL

Die Besteuerung der Personengesellschaften

Ulrich Niehus / Helmuth Wilke

Die Besteuerung der Personengesellschaften

8. Auflage

Schäffer-Poeschel Verlag Stuttgart

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de/> abrufbar.

Print: ISBN 978-3-7910-4321-0 Bestell-Nr. 20451-0003

Ulrich Niehus / Helmuth Wilke

Die Besteuerung der Personengesellschaften

8. Auflage, Oktober 2020

© 2020 Schäffer-Poeschel Verlag für Wirtschaft · Steuern · Recht GmbH

www.schaeffer-poeschel.de

service@schaeffer-poeschel.de

Produktmanagement: Rudolf Steinleitner

Lektorat: Claudia Lange

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, insbesondere die der Vervielfältigung, des auszugsweisen Nachdrucks, der Übersetzung und der Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen, vorbehalten. Alle Angaben/Daten nach bestem Wissen, jedoch ohne Gewähr für Vollständigkeit und Richtigkeit.

Schäffer-Poeschel Verlag Stuttgart

Ein Unternehmen der Haufe Group

Vorwort zur 8. Auflage

Die vorliegende 8. Auflage erscheint fünf Jahre nach der Voraufgabe, im Bereich steuerrechtlicher Fachliteratur mithin nach einer halben Ewigkeit, weshalb eine außerordentlich große Anzahl neuer Urteile, Verwaltungsanweisungen und Gesetzesänderungen zu berücksichtigen war.

Die Rechtsprechung, namentlich der IV. Senat, war gewohnt aktiv, so etwa bei der fortgesetzten Verteidigung kodifizierter Buchwertprivilegien gegen die Ausweitung des Gesamtplangedankens und der Ausdehnung des Begriffs der Realteilung, wobei gerade bzgl. letzterer die systematischen Folgen noch nicht klar absehbar sind. Andere höchstrichterliche Baustellen harren noch immer einer (Er-)Lösung; so lässt etwa die seit langem mit Spannung herbeigesehnte Entscheidung des BVerfG zur unentgeltlichen Übertragung von Einzelwirtschaftsgütern auf Schwesterpersonengesellschaften weiter auf sich warten, und bzgl. der teilentgeltlichen Übertragung zwischen Gesellschaft und Gesellschafter kam die nicht minder sehnsüchtig erwartete Entscheidung des Großen Senats des BFH wegen Erledigung in der Hauptsache nicht zustande.

Einige Dissonanzen zwischen Rechtsprechung und Verwaltung haben sich – zumindest teilweise – aufgelöst, so etwa die Auslegung von § 6 Abs. 3 EStG in Ausgliederungsfällen oder die Abgrenzung unentgeltlicher Übertragungen von solchen gegen Gewährung von Gesellschaftsrechten. In einigen Bereichen ergaben sich willkommene Klarstellungen, teilweise aber unter Entstehung neuer Fragestellungen. Als Beispiel hierfür kann die Rechtsprechung zur Abfärbung von gewerblichen Beteiligungseinkünften dienen, deren Wirkung sich nach Auffassung des BFH lediglich auf die einkommensteuerliche Einkünftequalifikation, nicht dagegen auf die Gewerbesteuer erstrecken soll. Auch hatte der BFH einer verlustbringenden gewerblichen Tätigkeit die Fähigkeit zur Abfärbung abgesprochen, was den Gesetzgeber postwendend zu einer gegenläufigen Ergänzung des Gesetzestexts motiviert hat. Insb. bei § 15 Abs. 3 Nr. 1 EStG in all seinen Facetten fragt man sich mitunter, was das Ganze eigentlich soll. Dies alles zeigt, dass die Besteuerung der Personengesellschaften mitnichten an einem Endpunkt angelangt ist. Die Verfasser sehen sich vielmehr auch künftig weiteren Überarbeitungserfordernissen ausgesetzt, hoffen aber, den Status quo mit der vorliegenden Auflage einigermaßen hinreichend abgebildet zu haben.

Wie immer gilt unser Dank dem Lektorat in Person von Herrn Rudolf Steinleitner, dessen Geduld wir bei dieser Auflage auf eine bedenkliche Probe gestellt haben.

Stralsund/Berlin im Mai 2020

Prof. Dr. Ulrich Niehus, Prof. Dr. Helmuth Wilke

Vorwort zur 1. Auflage

Das in Deutschland geltende Unternehmenssteuerrecht ist rechtsformspezifisch geprägt: Während bei Kapitalgesellschaften eine strikte Trennung von Gesellschafts- und Gesellschaftersphäre erfolgt, blickt das Steuerrecht durch die Personengesellschaft quasi hindurch und besteuert deren Gesellschafter unmittelbar. Gleichwohl wird der Personengesellschaft selbst zunehmend eine steuerrechtliche Teilselbständigkeit zuerkannt, so etwa im Bereich der Einkünftequalifikation und -ermittlung. Bereits dieses Nebeneinander verschiedener Ebenen erschwert nicht nur den praktischen steuerrechtlichen Umgang mit Personengesellschaften, sondern stellt an ein entsprechendes Lehrbuch hohe Anforderungen.

Dies gilt umso mehr, als der Steuergesetzgeber in letzter Zeit insbesondere im Bereich der Personengesellschaften aktiv geworden ist, wobei er eine erkennbare steuerpolitische Linie nicht immer hat erkennen lassen. So haben die sich teils gegenseitig aufhebenden, teils widersprechenden Rechtsänderungen durch das Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002, das Steuerbereinigungsgesetz 1999, das Steuersenkungsgesetz und das Steuersenkungsergänzungsgesetz die Verfasser nicht selten an den Rand der Verzweiflung gebracht und waren einer strukturierten, übersichtlichen Darstellung nicht eben zuträglich. Dennoch hegen wir die Hoffnung, mit dem vorliegenden Werk allen mit der Materie Befassten eine umfassende und dennoch kompakte Darstellung an die Hand zu geben, anhand derer sich die Besteuerung von Personengesellschaften mit überschaubarem Aufwand erarbeiten lässt.

Ganz besonders danken möchten wir Herrn Diplom-Wirtschaftsjurist Marcel Rosteck für seine engagierte redaktionelle Betreuung und Mitarbeit. Darüber hinaus gilt unser Dank Frau Annegret Rohstock und Herrn Martin Görlitz für ihre Unterstützung bei der Fertigstellung des Buches.

Über eine positive Aufnahme des Lehrbuches würden wir uns freuen und hoffen auf kritische Hinweise und Anregungen aus der Leserschaft.

Stralsund/Berlin im November 2000

Prof. Dr. Ulrich Niehus, Prof. Dr. Helmuth Wilke

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 8. Auflage	V
Vorwort zur 1. Auflage	VII
Abkürzungsverzeichnis	XVII
A Einführung, Grundlagen	1
I Zivilrechtliche Grundlagen	1
1 Zum Begriff der Personengesellschaft	1
2 Personengesellschaften i. S. d. Zivilrechts	2
2.1 Begriff und Wesen der Personengesellschaften	2
2.2 Die Gesellschaftsformen im Überblick	4
2.2.1 Die Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR)	4
2.2.2 Die Offene Handelsgesellschaft (OHG)	5
2.2.3 Die Kommanditgesellschaft (KG)	6
2.2.4 Die Stille Gesellschaft (stG)	6
2.2.5 Die Partnerschaftsgesellschaft (PartG)	6
2.2.6 Die Unterbeteiligung	7
2.3 Entstehung von Personengesellschaften	7
2.3.1 Gesellschaftsvertrag, Formvorschriften	7
2.3.2 Kaufmannseigenschaft, Registereintrag	8
2.4 Rechte und Pflichten im Innenverhältnis	9
2.4.1 Beitragspflicht	9
2.4.2 Geschäftsführungsbefugnis	9
2.4.3 Gewinn- und Verlustbeteiligung, Entnahmerecht	11
2.5 Rechte und Pflichten im Außenverhältnis	12
2.5.1 Vertretungsbefugnis	12
2.5.2 Haftung für Gesellschaftsschulden	13
2.6 Ausscheiden, Eintritt und Gesellschafterwechsel	15
2.6.1 Folgen des Ausscheidens: Abfindung und Anwachsung	15
2.6.2 Folgen des Eintritts: Abwachsung und Einlage	15
2.6.3 Gesellschafterwechsel und Anteilsübertragung	16
2.7 Beendigung von Personengesellschaften	16
2.7.1 Auflösung	16
2.7.2 Liquidation und Auseinandersetzung	17
3 Aus steuerrechtlicher Sicht vergleichbare Rechtsgemeinschaften	17
II Strukturen der Besteuerung von Personengesellschaften	18
1 Rechtsfähigkeit und Steuersubjekteigenschaft der Personengesellschaften	18
1.1 Grundsatz: Durchgriff auf die Ebene der Gesellschafter	19
1.2 Ausnahme: Steuersubjekteigenschaft der Gesellschaft hinsichtlich der Einkünftequalifikation und -ermittlung	20
2 Grundstruktur der Besteuerung von Personengesellschaften	21
2.1 Vermögensverwaltende Personengesellschaften	21
2.1.1 Übertragungen von Wirtschaftsgütern und Gesellschaftsanteilen	22
2.1.2 Leistungsvergütungen zwischen Gesellschaft und Gesellschafter	23
2.1.3 ZebraGesellschaften	26
2.2 Gewinneinkünfte erzielende Personengesellschaften	27
3 Konzeptionelle Grundlagen der Besteuerung von gewerblichen Mitunternehmerschaften	29
3.1 Einkünftezurechnung und -qualifikation gemäß § 15 Abs. 1 Nr. 2 EStG	29
3.2 Gesetzgeberische Motivation und theoretische Leitbilder	32

3.2.1	Bilanzbündeltheorie, Einheitstheorie und Transparenzprinzip	32
3.2.2	Grundsatz der zeitnahen Besteuerung	37
B	Gewerbliche Mitunternehmerschaft: Voraussetzungen und Kriterien	39
I	Gesellschaftsverhältnis oder vergleichbare Rechtsgemeinschaft	39
II	Gewerblichkeit der Personengesellschaft	39
1	Zur Gewerblichkeit als Tatbestandsmerkmal einer Mitunternehmerschaft	
i. S. v. § 15 Abs. 1 Nr. 2 EStG		39
2	Gewerblich tätige Personengesellschaft	40
3	Abfärberegelung bei teilweise gewerblichen Personengesellschaften	41
3.1	Normzweck und Tatbestandsvoraussetzungen	41
3.2	Abfärbung durch eine gewerbliche Tätigkeit (§ 15 Abs. 3 Nr. 1 Alt. 1 EStG)	43
3.2.1	Rechtsfolgen	43
3.2.2	Einschränkungen der Abfärberegelung	44
3.2.2.1	Äußerst geringfügige Gewerblichkeit (sog. Bagatellgrenze)	44
3.2.2.2	Weitere Fälle	46
3.2.3	Möglichkeiten zur Vermeidung der Abfärberegelung	47
3.2.4	Verfassungsmäßige Einordnung	48
3.3	Abfärbung durch gewerbliche Beteiligungseinkünfte (§ 15 Abs. 3 Nr. 1 Alt. 2 EStG)	49
4	Gewerblich geprägte Personengesellschaft	50
4.1	Von der Geprägerechtsprechung zu § 15 Abs. 3 Nr. 2 EStG	50
4.2	Tatbestandsvoraussetzungen und Rechtsfolgen	51
III	Mitunternehmerstellung des Gesellschafters	54
1	Vorbemerkungen	54
2	Mitunternehmerrisiko	55
3	Mitunternehmerinitiative	56
IV	Mitunternehmerschaft bei ausgewählten Gesellschaftsformen	57
1	Offene Handelsgesellschaft	57
2	Kommanditgesellschaft	57
2.1	Mitunternehmerstellung des Komplementärs	57
2.2	Mitunternehmerstellung der Kommanditisten	57
3	Gesellschaft bürgerlichen Rechts	58
4	Stille Gesellschaft	58
4.1	Typisch stille Gesellschaft	58
4.2	Atypisch stille Gesellschaft	59
5	Unterbeteiligung	60
6	Treuhandverhältnisse	61
7	Zusammenschluss von Freiberuflern	62
8	Verdeckte Mitunternehmerschaft	66
C	Laufende Besteuerung von gewerblichen Mitunternehmerschaften	69
I	Überblick	69
II	Handels- und steuerrechtliche Vermögensabgrenzung	73
1	Handelsrechtliches (Bilanz-)Vermögen der Gesellschaft	73
2	Steuerrechtliches Betriebsvermögen der Gesellschaft	74
2.1	Betriebsvermögen der Gesamthand	74
2.2	Sonderbetriebsvermögen der Gesellschafter	76
2.2.1	Notwendiges Sonderbetriebsvermögen	78
2.2.2	Gewillkürtes Sonderbetriebsvermögen	82
2.2.3	Bilanzierungskonkurrenz zwischen Sonderbetrieb und eigenem Betrieb des Mitunternehmers	84

3	Bilanzierungskonkurrenz bei Schwesterpersonengesellschaften	87
III	Gewinnermittlungsart und Ermittlung des Gesamtgewinns	89
1	Buchführungspflicht	89
1.1	Gewinnermittlungsart hinsichtlich des gesamthänderisch erzielten Gewinns	90
1.2	Gewinnermittlungsart im Sonderbetriebsvermögen	91
2	Zusammenfassung der einzelnen Bilanzen	93
IV	Gewinnermittlung und -verteilung auf der ersten Stufe	95
1	Handelsrechtliche Bilanzierung	95
2	Aufstellung der Steuerbilanz	95
2.1	Einheitliche Wahlrechtsausübung	96
2.2	Wertkorrektur mittels Ergänzungsbilanzen	98
2.3	Sonderprobleme	101
2.3.1	Anwendung des § 6b EStG bei Mitunternehmerschaften	101
2.3.1.1	Gesellschafterbezogene Anwendung	101
2.3.1.2	Übertragungsmöglichkeiten und bilanzielle Darstellung	102
2.3.2	Auswirkungen des Teileinkünfteverfahrens und des § 8b KStG	106
2.3.2.1	Grundzüge	106
2.3.2.2	Gesellschafterbezogene Anwendung bei Mitunternehmerschaften	107
2.3.3	Anwendung der Zinsschrankenregelung	110
2.3.3.1	Grundlagen der Zinsschranke	110
2.3.3.2	Ermittlung und Zuordnung der nicht abziehbaren Zinsaufwendungen	111
2.3.3.3	Aufteilung und Untergang von Zins- und EBITDA-Vortrag	114
2.3.3.4	Ausnahmen von der Anwendung der Zinsschranke	115
2.3.3.5	Rückausnahmen im Fall der Gesellschafterfremdfinanzierung bei nachgeordneten Personengesellschaften	118
3	Gewinnverteilung auf der ersten Stufe	119
4	Zusammenfassung	121
V	Gewinnermittlung auf der zweiten Stufe	121
1	Sondervergütungen	122
1.1	Begriffliche Abgrenzung	122
1.1.1	Mittelbare Leistungsbeziehungen	124
1.1.2	Mögliche Ausnahmen von der Qualifikation als Sondervergütungen	125
1.1.3	Anwendbarkeit der Subsidiaritätstheorie?	126
1.2	Tätigkeitsvergütungen	128
1.2.1	Vergütungen für Arbeitsleistungen	128
1.2.1.1	Laufende Vergütungen	128
1.2.1.2	Pensionszusagen	128
1.2.2	Vergütungen für sonstige Dienstleistungen	131
1.2.3	Vergütungen für Werkleistungen	131
1.3	Vergütungen für die Hingabe von Darlehen	132
1.4	Vergütungen für die Überlassung von Wirtschaftsgütern	134
2	Sonderbetriebseinnahmen und -ausgaben	134
VI	Beispiel zur zweistufigen Gewinnermittlung	135
VII	Tariffbegünstigung für einbehaltene Gewinne	138
1	Grundsystematik von Thesaurierungsbesteuerung und Nachversteuerung	138
2	Besonderheiten bei Mitunternehmerschaften	140
2.1	Anwendungsvoraussetzungen	140
2.2	Ermittlung des nicht entnommenen Gewinns	141
2.3	Ermittlung des Nachsteuerungsbetrags	141
2.4	Übertragung des nachsteuerungspflichtigen Betrags	142

D	Gründung einer Personengesellschaft	145
I	Gründungsarten	145
II	Eigenkapitalausweis	145
III	Bargründung	147
IV	Sachgründung	147
1	Übertragung einzelner Wirtschaftsgüter	148
1.1	Handelsrechtliche Bewertung	148
1.2	Steuerrechtliche Bewertung	148
2	Einbringung eines Betriebs, Teilbetriebs oder Mitunternehmeranteils gemäß § 24 UmwStG	149
2.1	Telos und Struktur von § 24 UmwStG	149
2.2	Anwendungsvoraussetzungen	150
2.2.1	Gegenstand der Einbringung	150
2.2.1.1	Betrieb, Teilbetrieb	150
2.2.1.2	Mitunternehmeranteil, Teil eines Mitunternehmeranteils	155
2.2.2	Einbringender wird Mitunternehmer	157
2.3	Typische Anwendungsfälle	158
2.4	Darstellung der Rechtsfolgen anhand eines Fallbeispiels	160
2.4.1	Die Rechtsfolgen im Überblick	160
2.4.2	Fallkonzeption	161
2.4.3	Wertansatz und bilanzielle Darstellung	162
2.4.3.1	Einbringung zum gemeinen Wert	162
2.4.3.2	Einbringung zum Buchwert	163
2.4.3.3	Einbringung zum Zwischenwert	168
2.4.4	Steuerliche Konsequenzen für den einbringenden Gesellschafter	170
2.4.4.1	Ansatz zum gemeinen Wert	170
2.4.4.2	Ansatz zum Buchwert	174
2.4.4.3	Ansatz zum Zwischenwert	174
2.4.5	Steuerliche Konsequenzen bei der aufnehmenden Personengesellschaft	175
2.4.5.1	Wertfortführung im Fall des Ansatzes zum gemeinen Wert	175
2.4.5.2	Wertfortführung im Fall des Buchwertansatzes	176
2.4.5.3	Wertfortführung im Fall des Zwischenwertansatzes	183
2.5	Grundlegende Kriterien der Wahl des Wertansatzes	184
2.6	Sonderprobleme	185
2.6.1	Übertragungen gegen Gewährung von Gesellschaftsrechten und sonstige Gegenleistungen	185
2.6.2	Berücksichtigung stiller Lasten	188
2.6.3	Ausschluss oder Beschränkung des inländischen Besteuerungsrechts	193
2.6.4	Regelung gegen eine missbräuchliche Inanspruchnahme von § 8b Abs. 2 KStG	196
2.6.5	Schicksal des Zins- und EBITDA-Vortrags	200
2.7	Entgeltliche Aufnahme eines Gesellschafters in ein Einzelunternehmen gegen Zahlung in das Privatvermögen	201
3	Unentgeltliche Aufnahme eines Gesellschafters in ein Einzelunternehmen	204
E	Übertragung von Wirtschaftsgütern bei Personengesellschaften	207
I	Überblick	207
II	Übertragung zwischen Gesellschaft und Gesellschafter	208
1	Entgeltliche Übertragungen	208
1.1	Veräußerung zu fremdüblichen Bedingungen	208
1.2	Veräußerung über dem Teilwert	210

2	Übertragung gegen Gewährung oder Minderung von Gesellschaftsrechten (Ein- bzw. Ausbringung)	211
2.1	Überblick	211
2.2	Zum Begriff der Gesellschaftsrechte	212
2.3	Übertragungen aus dem bzw. in das Privatvermögen des Gesellschafters	216
2.4	Übertragungen aus bzw. in Betriebs- oder Sonderbetriebsvermögen des Gesellschafters ...	217
2.4.1	Überblick	217
2.4.2	Einbringung aus dem Betriebsvermögen eines Einzelunternehmens	218
2.4.3	Einbringung aus dem Sonderbetriebsvermögen	222
2.4.4	Ausbringung in das Betriebs- oder Sonderbetriebsvermögen	223
2.4.5	Die Sperrfrist nach § 6 Abs. 5 Satz 4 EStG	225
2.4.6	Missbrauchsabwehrklauseln bei Begründung oder Erhöhung des Anteils einer Körperschaft an dem Wirtschaftsgut	230
2.4.6.1	Anwendungsfälle von § 6 Abs. 5 Satz 5 EStG	231
2.4.6.2	Anwendungsfälle von § 6 Abs. 5 Satz 6 EStG	232
3	Unentgeltliche Übertragungen	233
3.1	Übertragung in das bzw. aus dem Privatvermögen	233
3.2	Übertragung aus oder in Betriebs- oder Sonderbetriebsvermögen	235
3.3	Übertragungen zwischen Schwesterpersonengesellschaften	238
4	Teil- und mischentgeltliche Übertragungen	240
4.1	Grundlagen	240
4.2	Teilentgeltliche Übertragung auf die Gesamthand	241
4.3	Teilentgeltliche Übertragung auf den Mitunternehmer	245
4.4	Mischentgeltliche Übertragungen	246
5	Zusammenfassende Übersichten	246
III	Übertragung zwischen Gesellschaftern derselben Mitunternehmerschaft	248
IV	Überführung ohne Rechtsträgerwechsel	249
F	Die Realteilung von Personengesellschaften	251
I	Überblick	251
II	Abgrenzung des Tatbestands der Realteilung i. S. v. § 16 Abs. 3 EStG	252
1	Abgrenzung gegenüber Anteilsveräußerung und Sachwertabfindung	252
2	Fortführung des Betriebsvermögens	255
3	Auswirkungen von Ausgleichszahlungen	258
4	Behandlung von Sonderbetriebsvermögen	258
III	Rechtsfolgen im Einzelnen	259
1	Realteilung ohne Spitzenausgleich	259
2	Realteilung mit Spitzenausgleich	267
3	Behandlung von in das Privatvermögen gelangenden Wirtschaftsgütern	272
4	Sperrfristklausel bei Zuweisung einzelner Wirtschaftsgüter	276
5	Beteiligung eines Körperschaftsteuersubjekts	280
6	Veräußerung von Beteiligungen nach Übergang auf ein Körperschaftsteuersubjekt	282
V	Zusammenfassende Darstellung der (»echten«) Realteilung	284
G	Ausscheiden von Mitunternehmern	285
I	Überblick	285
II	Ausscheiden im Rahmen eines entgeltlichen Vorgangs	287
1	Begriff und Umfang des Mitunternehmeranteils	287
2	Begünstigungen gemäß §§ 16, 34 EStG	288
3	Konsequenzen für den ausscheidenden Mitunternehmer	290

4	Konsequenzen für die verbleibenden Mitunternehmer	292
5	Gewerbesteuerliche Konsequenzen	293
III	Unentgeltliche Anteilsübertragung	294
1	Zurückbehaltung von Wirtschaftsgütern	295
2	Übertragung eines Mitunternehmerteilanteils	299
IV	Ausscheiden gegen Sachwertabfindung	303
1	Sachwertabfindung in ein Betriebsvermögen	304
2	Sachwertabfindung in das Privatvermögen	305
V	Steuerrechtliche Würdigung ausgewählter Fallkonstellationen	308
1	Ausgangsdaten des Fallbeispiels	308
2	Abfindung zum Buchwert bei positivem Kapitalkonto	309
2.1	Behandlung bei den verbleibenden Mitunternehmern	309
2.2	Behandlung beim ausscheidenden Mitunternehmer	310
3	Abfindung über dem Buchwert bei positivem Kapitalkonto	310
3.1	Behandlung bei den verbleibenden Mitunternehmern	311
3.1.1	Der Mehrbetrag entspricht den anteiligen stillen Reserven einschließlich Geschäftswert	311
3.1.2	Der Mehrbetrag unterschreitet die anteiligen stillen Reserven einschließlich Geschäftswert	311
3.1.3	Der Mehrbetrag übersteigt die anteiligen stillen Reserven einschließlich Geschäftswert	315
3.1.3.1	Betriebliche Veranlassung	315
3.1.3.2	Private Veranlassung	317
3.2	Behandlung beim ausscheidenden Mitunternehmer	318
4	Abfindung unter dem Buchwert bei positivem Kapitalkonto	318
4.1	Die Höhe der Abfindung ist betrieblich veranlasst	318
4.1.1	Behandlung bei den verbleibenden Mitunternehmern	318
4.1.2	Behandlung beim ausscheidenden Mitunternehmer	322
4.2	Die Höhe der Abfindung ist privat veranlasst	323
5	Tabellarische Zusammenfassung	324
6	Ausscheiden bei negativem Kapitalkonto	325
6.1	Grundlagen	325
6.2	Positiver Teilwert des Kapitalkontos	326
6.2.1	Fallkonzeption	326
6.2.2	Behandlung beim ausscheidenden Mitunternehmer	327
6.2.3	Behandlung bei den verbleibenden Mitunternehmern	328
6.3	Negativer Teilwert des Kapitalkontos	329
6.3.1	Ausgleichszahlung ist zu leisten	329
6.3.1.1	Fallkonzeption	329
6.3.1.2	Behandlung beim ausscheidenden Mitunternehmer	330
6.3.1.3	Behandlung bei den verbleibenden Mitunternehmern	330
6.3.2	Ausgleichszahlung ist nicht zu leisten	331
6.3.2.1	Verzicht der verbleibenden Gesellschafter	331
6.3.2.2	Ausscheiden eines Kommanditisten	332
H	Eintritt von Mitunternehmern	337
I	Unentgeltlicher Eintritt	337
II	Entgeltlicher Eintritt	337
1	Eintritt gegen Leistung in das Gesellschaftsvermögen	337
2	Eintritt gegen Leistung in das Privatvermögen der bisherigen Gesellschafter	340

I	Gesellschafterwechsel	343
I	Anteilserwerb bei positivem Kapitalkonto	345
1	Der Kaufpreis entspricht dem Buchwert des Kapitalkontos	345
2	Der Kaufpreis übersteigt den Buchwert des Kapitalkontos	345
3	Der Kaufpreis unterschreitet den Buchwert des Kapitalkontos	351
II	Anteilserwerb bei negativem Kapitalkonto	352
J	Beschränkung des Verlustausgleichs bei Kommanditisten	355
I	Handels- und steuerrechtliche Grundlagen	355
II	Regelungsinhalt des § 15a EStG im Überblick	356
III	Begriff des Kapitalkontos i. S. v. § 15a EStG	359
1	Einbezug von Ergänzungsbilanzen	359
2	Kein Einbezug von Sonderbilanzen	360
3	Qualifizierung der Kapitalkonten in der Gesamthandsbilanz	362
3.1	Kapitalkonten i. S. v. § 15a EStG nach dem Regelstatut des HGB	362
3.2	Mehrkontenmodelle der kautelarjuristischen Praxis	363
3.3	Weitere Einzelprobleme zur Bestimmung des Kapitalkontos i. S. v. § 15a EStG	365
IV	Einzelfragen zum Grundtatbestand des § 15a EStG	366
1	Anwendung des § 15a EStG bei Wechsel der Rechtsstellung	366
2	Auswirkungen von Einlagen auf das Kapitalkonto und das Verlustausgleichsvolumen i. S. v. § 15a EStG	367
2.1	Einlagebegriffe und Kapitalkonto i. S. v. § 15a EStG	367
2.2	Behandlung außerbilanzieller Korrekturen	370
2.3	Nachträgliche Einlagen	373
V	Erweiterter Verlustausgleich bei überschießender Außenhaftung	376
VI	Gewinnzurechnung bei Haftungs- oder Einlageminderung	379
1	Gewinnzurechnung bei Einlageminderung	379
2	Gewinnzurechnung bei Haftungsminderung	381
K	Besteuerung ausgewählter Mischformen	383
I	GmbH & Co. KG	383
1	Vorliegen einer gewerblichen Mitunternehmerschaft i. S. d. § 15 Abs. 1 Nr. 2 EStG	384
1.1	Gewerblichkeit der GmbH & Co. KG	384
1.2	Mitunternehmerstellung der Komplementär-GmbH	385
2	Besonderheiten bezüglich der Gewinnermittlung und -verteilung	385
2.1	Umfang des Betriebsvermögens	385
2.2	Geschäftsführungsvergütungen	386
2.2.1	Geschäftsführer der GmbH ist kein Mitunternehmer der KG	386
2.2.2	Geschäftsführer der GmbH ist zugleich Mitunternehmer der KG	387
2.2.2.1	Laufende Vergütungen	387
2.2.2.2	Pensionszusagen	388
2.2.2.3	Überhöhte Vergütungen	388
2.3	Anwendung der Zinsschrankenregelung	389
2.3.1	Konzernzugehörigkeit im Fall einer GmbH & Co. KG	389
2.3.2	Vorliegen einer nachgeordneten Personengesellschaft	390
2.4	Angemessenheit der Gewinnverteilungsabrede	391
2.4.1	GmbH ist nicht am Kapital der KG beteiligt	391
2.4.2	GmbH ist am Kapital der KG beteiligt	393

II	Doppelstöckige Mitunternehmerschaft	394
1	Problemstellung und Regelungsbedarf	394
2	Gesetzliche Regelung: § 15 Abs. 1 Nr. 2 Satz 2 EStG	396
2.1	Tatbestandsvoraussetzungen	396
2.1.1	Gewinneinkünfte erzielende Untergesellschaft	396
2.1.2	Beschaffenheit der Obergesellschaft	397
2.1.2.1	Einkunftsart der Obergesellschaft	397
2.1.2.2	Rechtsform der Obergesellschaft	397
2.1.3	Existenz einer ununterbrochenen Mitunternehmerkette	398
2.2	Laufende Besteuerung	399
2.3	Veräußerung des Anteils an der Obergesellschaft	401
III	Betriebsaufspaltung	403
1	Problemstellung und Regelungsbedarf	403
2	Erscheinungsformen	406
3	Voraussetzungen	408
3.1	Sachliche Verflechtung	408
3.2	Personelle Verflechtung	412
3.2.1	Beteiligungsidentität	412
3.2.2	Beherrschungsidentität	413
3.2.2.1	Existenz eines Nur-Betriebsgesellschafters	415
3.2.2.2	Existenz eines Nur-Besitzgesellschafters	416
3.2.2.3	Stimmrechtsausschluss	419
3.2.2.4	Berücksichtigung von Angehörigenverhältnissen	419
4	Laufende Besteuerung	421
4.1	Besitzunternehmen ist Gewerbebetrieb	421
4.2	Gewerbesteuerliche Auswirkungen	425
4.3	Besonderheiten bei der steuerlichen Gewinnermittlung	426
4.3.1	Grundlagen, Gewinnermittlungsart	426
4.3.2	Fälle korrespondierender Bilanzierung	427
4.3.3	Anwendung von § 3c Abs. 2 EStG	430
4.3.4	Auswirkungen der Zinsschrankenregelung	435
5	Steuerrechtliche Konsequenzen der Entstehung	435
6	Steuerrechtliche Konsequenzen bei Änderung des Gesellschafterkreises	438
7	Steuerrechtliche Konsequenzen der Beendigung	439
IV	Mitunternehmerische Betriebsaufspaltung	442
1	Begriff und systematische Einordnung	442
2	Rechtsfolgen	444
	Literaturverzeichnis	447
	Stichwortverzeichnis	457